

Bundestagswahl 2021

Empfehlungen für die Wahlprogramme

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Bundestagswahl 2021 – raus aus der Corona-Krise, Kurs Soziale Marktwirtschaft! Empfehlungen für die Wahlprogramme

Die Corona-Pandemie hat uns gesundheitspolitisch wie auch ökonomisch die schwerste Krise und die größten Herausforderungen seit Bestehen der Bundesrepublik gebracht, verbunden mit enormen Härten für viele Bürger und Existenzsorgen für zahlreiche Unternehmer. Viele politische Maßnahmen haben zur Linderung der Nöte beigetragen, während die Krisenpolitik gleichzeitig die Schuldenberge wachsen lässt und staatliche Interventionen befeuert. Längst geht es auch um den Erhalt unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – gerade im entscheidenden Wahl- und Richtungsjahr 2021.

Nach erfolgreicher Krisenbewältigung muss sich der Staat wieder auf seine Schiedsrichterrolle in der Sozialen Marktwirtschaft zurückziehen und schnellstmöglich aus allen während der Pandemie eingegangenen Unternehmensbeteiligungen aussteigen. Gleichzeitig ist die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Schuldenbremse entscheidend, gerade auch aus Verantwortung gegenüber der jungen und kommenden Generationen.

Die Politik ist gefordert, vom Krisenbewältigungs- in den Zukunftsgestaltungsmodus umzuschalten. Bereits vor der Pandemie litt die Bundesrepublik unter einer Wachstumsschwäche. Umso dringender müssen nun angebotsorientierte Strukturreformen vorgebracht werden. Bedeutende Meilensteine sind dabei u.a. weniger Bürokratie, kürzere Genehmigungsverfahren, die Senkung der weltweit höchsten Energiepreise, die Beschleunigung der Digitalisierung, die Entlastung der Leistungsträger unserer Gesellschaft oder die überfällige Unternehmenssteuerreform.

2020 wird als Jahr der Corona-Krise in die Geschichtsbücher eingehen, 2021 hoffentlich als Jahr der Corona-Bewältigung und der Weichenstellungen in Richtung Freiheit und Soziale Marktwirtschaft. Hierfür legt der Wirtschaftsrat seine Agenda zur Bundestagswahl 2021 vor.

Berlin, im April 2021

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär

Steuerpolitik leistungsgerecht ausgestalten!

Ein starkes Deutschland benötigt Einnahmen zur Erfüllung seiner Aufgaben. Dazu dienen faire und gerechte Steuern und Abgaben. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum trägt dazu bei, dass sich die Einnahmen des Staates stabil entwickeln. Richtig ist, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache, aber unsere Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, dürfen nicht weiterhin durch eine Steuerbelastung, die an der Spitze der OECD-Statistik liegt, in ihrer Handlungs- und Leistungsfähigkeit und damit in ihrem Beitrag zum benötigten Wirtschaftswachstum in der Post-Corona-Zeit eingeschränkt werden. Daher fordert der Wirtschaftsrat die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

- Unternehmenssteuerlast auf maximal 25 Prozent deckeln!
- Strukturellen Besteuerungsnachteil von Personengesellschaften durch die Schaffung eines Optionsmodells und die Reform der Thesaurierungsbesteuerung beseitigen!
- Anrechnung der Gewerbesteuer für Personenunternehmen belastungsneutral, d.h. in voller Höhe ermöglichen!
- Belastungsmoratorium durchsetzen, Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuer oder Corona-Abgabe verhindern, Erhöhung der Einkommensteuer vermeiden, deutschen Alleingang bei der Einführung einer Digitalsteuer abwenden!
- Strukturverbesserungen im Steuerrecht umsetzen, Volumen beim Verlustrücktrag anheben und Rücktragungszeitraum ausweiten, Sofortabschreibungsmöglichkeiten zur Unterstützung der andauernden Digitalisierungs-, Energie- und Nachhaltigkeitstransformationen einführen, Zins- und Diskontsätze anpassen, fiskalisch motivierte Verschärfung der Wegzugsbesteuerung verhindern!
- Unternehmensnachfolger vor unverschuldeten Erbschaft- und Schenkungsteuerlasten bewahren!

Für ein starkes Europa –

Stabilitäts- und Wettbewerbsunion statt Schulden- und Haftungsgemeinschaft anpeilen!

Ohne Frage war und ist es richtig, dass Europa in Zeiten der Corona-Krise zusammensteht und gemeinsam entschlossene Antworten auf die Krise formuliert. Keineswegs darf das jedoch zum Anlass genommen werden, um die EU dauerhaft in die falsche Richtung umzubauen. Die EU-Verträge betonen die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und das Zusammenspiel von Handlung und Haftung. Die erstmalige eigene EU-Verschuldungskompetenz, die immer engere Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik und die Explosion der Staatsschulden lassen die Fundamente der ursprünglichen Stabilitätsunion erodieren. Umso wichtiger ist es, ein klares Zielbild im Kopf zu haben, wie Europa aussehen soll, damit es auch in den nächsten Dekaden wirtschaftlich und geopolitisch eine Führungsrolle übernehmen kann. Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes und die Schaffung eines überzeugenden Ordnungs- und Stabilitätsrahmens bieten gewaltige Potentiale. Der Wirtschaftsrat fordert:

- Krisen- und Wiederaufbaufonds weiterhin strikt temporär und konditional gestalten, Schuldenunion durch die Hintertür vermeiden!
- Stabilitätspakt erhalten und nach ordnungspolitischen Prinzipien reformieren, komplizierte Ausnahmeregeln und Ermessensspielräume des Pakts abschaffen!
- Europäische Kapitalmarktunion mit Hochdruck vorantreiben und die gewaltigen Chancen eines europäischen Binnenmarkts für Finanzierungsinstrumente nutzen!
- Schrittfolge „Risikoreduzierung vor Risikoteilung“ vor Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems dringend beachten!
- Die immer engere Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik durchbrechen, Anleihekäufe und Negativzinsen auf ihre Rolle als kurzfristige Sonderfälle zurückführen!
- Digitale Finanzmarktunion sowie innovationsfreundlichen und technologieoffenen Ordnungsrahmen für Kryptowerte und Digitalwährungen schaffen!

- Regulatorische Hürden und Sonderlasten für Banken auf den Prüfstand stellen und Bankenabgabe begrenzen, um die Kreditvergabe an Unternehmen abzusichern!

Sozialpolitik im demografischen Wandel – Überlastung der Sozialsysteme verhindern!

Ein klarer ordnungspolitischer Kompass für den Sozialstaat über die kurzfristige Corona-Krisenbewältigung hinaus ist dringend erforderlich. Wenn wir nichts tun, werden mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben die Sozialabgaben in eine Höhe schießen, die Erwerbstätige und Wirtschaft überfordert. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Fundament unseres Sozialstaates würde damit ausgehöhlt. Umso wichtiger sind gerade jetzt Weichenstellungen für eine demografiefeste und ertragreiche Ausgestaltung der Sicherungssysteme. Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Lohnzusatzkosten stabilisieren, weitere Rentengeschenke zulasten der jungen Generation und des Wirtschaftsstandortes verhindern!
- Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, perspektivisch die Regelaltersgrenze über das 67. Lebensjahr hinaus ansteigen lassen!
- Eigenverantwortliche Altersvorsorge attraktiver gestalten, Riester-Rente reformieren, flexiblere Anlagemöglichkeiten durch eine Lockerung der Garantien schaffen!
- Bildung von Altersvermögen erleichtern, Sparerfreibetrag auf 3.100 Euro anheben!
- Systemwettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung stärken, Eigenverantwortung in der Gesundheitsvorsorge ausbauen!
- Qualität und Effizienz von Behandlungen durch Digitalisierung verbessern!
- Leistungsgerechte und planbare Finanzierung im Krankenhausbereich gewährleisten sowie Krankenhausplanung an den Grundpfeilern Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung orientieren!
- Nachhaltige Finanzierung des Pflegesystems sicherstellen, kapitalgedeckte private Vorsorge stärken!
- Regulierung in der Pflege reduzieren, Output-Orientierung ermöglichen!

Zukunftsfeste Arbeitsplätze sichern!

Die Corona-Krise hat den langanhaltenden positiven Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt abrupt gebrochen: Die Zahl der Arbeitslosen wuchs in 2020 erstmals seit sieben Jahren wieder an, gegenüber dem Vorjahr um eine knappe halbe Million. Bei der Erwerbstätigkeit war der erste Rückgang seit 14 Jahren zu verzeichnen. Neben den Folgen der Pandemie macht sich hier der Eintritt von immer mehr Erwerbspersonen in das Rentenalter zunehmend negativ bemerkbar. Umso wichtiger bleiben die Sicherung des Fachkräftebedarfs und der Abbau von Einstellungshürden. Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit seinem vollen Potenzial ausschöpfen, bürokratische Hürden für qualifizierte Zuwanderung abbauen!
- Arbeit 4.0 voranbringen, Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, Vorschriften zu Ruhezeiten und Arbeitsstätten anpassen!
- Arbeitsanreize stärken, Hinzuverdienstmöglichkeiten zu Hartz IV in Richtung Vollzeitbeschäftigung verbessern!
- Flexible Beschäftigungsformen voranbringen, Beschränkungen für Zeitarbeit und Werkverträge zurücknehmen, Verdienstobergrenze für Minijobs anheben!
- Arbeitslosen den Weg in Beschäftigung ebnen, mehr Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn schaffen!

Industrie mit neuen Technologien und marktwirtschaftlichen Elementen zur Klimaneutralität 2050 transformieren!

Damit innovative klimafreundliche Technologien „Made in Germany“ zum Motor für Investitionen werden, ist ein ordnungspolitisch klar strukturierter und langfristig belastbarer Marktrahmen dringend erforderlich. Eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaft auf die Klimaschutzziele und eine integrierte europäische Energie- und Klimapolitik bieten die Chance für nachhaltiges Wachstum bei gleichzeitigem Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit und Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Voraussetzungen dafür sind verlässliche politische Rahmenbedingungen, technologieoffene Lösungen und eine klare Orientierung am Kompass der Sozialen Marktwirtschaft. Hierfür empfiehlt der Wirtschaftsrat:

- Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) und perspektivisch einen globalen CO₂-Preis in den Mittelpunkt der Klimastrategie stellen und zeitnah sowie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Preiselastizitäten auf alle Sektoren ausweiten!
- Parallele Instrumente wie das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) zeitnah und unter Bestandschutz für Altanlagen abschaffen sowie die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau senken!
- Die Potentiale der Energieeffizienz insbesondere im Gebäudesektor und im Rahmen der Abwärmenutzung mit einem kohärenten, technologieoffenen Marktrahmen entfesseln!
- Den Ausbau einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur mit Strom-, Breitband- und wasserstofffähigen Gasnetzen sowie Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge und Tankinfrastruktur für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kraftstoffen vorantreiben!
- Den Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft auf Basis von klimaneutral produziertem, wettbewerbsfähigem Wasserstoff mit der notwendigen Infrastruktur zum Import, zur Produktion, zum Transport und zur Verteilung sicherstellen!
- Eine digitale Energiewirtschaft flächendeckend und auch auf EU-Ebene sowie für den nationalen und EU-ETS-Zertifikatehandel einführen!
- Gewinnung heimischer Rohstoffe kosteneffizient und umweltverträglich ermöglichen sowie Rohstoffsicherung international marktwirtschaftlich gewährleisten!
- Die Kreislaufwirtschaft als Grundvoraussetzung für eine nachhaltige und somit langfristig wettbewerbsfähige und erfolgreiche Wirtschaft anerkennen und fördern!

Mobilität ermöglichen, Emissionen senken!

Zur Erreichung der Klimaziele und Senkung der Emissionen des Mobilitätssektors ist ein Gesamtkonzept erforderlich, das sich nicht an populistischen Idealbildern, sondern an Realitäten orientieren muss. Oberstes Ziel muss es sein, Emissionen mit den geringsten Belastungen für Bürger wie Unternehmen einzusparen. Denn Mobilität ist nicht nur Treibstoff einer prosperierenden Volkswirtschaft, sie hat auch eine sozialpolitische Komponente. Für den Wirtschaftsrat stehen im Vordergrund:

- Auf aktionistische Maßnahmen verzichten, Vorfahrt für Innovationen, Stoppsignal für Verbote!
- Technologieoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit bei der Dekarbonisierung des Verkehrs garantieren, staatliches und marktgekoppeltes Protegieren einzelner Antriebs- bzw. Kraftstofftechnologien beenden!
- Klimabewertung einer Antriebstechnologie ganzheitlich vornehmen, d. h. Klimakosten der Herstellung, der Nutzung und der Entsorgung betrachten, Nachhaltigkeitsstandards entwickeln!
- Zweckbindung der aus der CO₂-Bepreisung generierten Mittel für Klimainvestitionen in den einzelnen Sektoren, z. B. für Infrastrukturmaßnahmen, Forschungsvorhaben, Förderprogramme, vornehmen!
- Die infrastrukturellen Voraussetzungen von Mobilität 4.0 im Bundesverkehrswegeplan berücksichtigen!

- Die überjährige Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln in einem mehrjährigen Verkehrsbudget (Vorschlag: eine Legislatur) für mehr Planungssicherheit und einen effektiveren Mitteleinsatz sicherstellen!
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, u. a. durch Einführung eines Genehmigungsverzichts bei Ersatzneubauten, sowie Einschränkung des Blockadeinstruments Verbandsklage durch Vorrang der Interessen direkt Betroffener gegenüber Organisationen!

Wohneigentum schaffen, Bau stärken, Mieten bezahlbar halten!

Wohnen ist *die* soziale Frage unserer Zeit. Für immer weniger Deutsche besteht heute die Aussicht auf Wohneigentum. Dabei stellt die selbstgenutzte Immobilie eine stabile und sichere Säule der Altersvorsorge dar. In den boomenden Ballungsregionen wird zugleich bezahlbarer Wohnraum knapp – in einer Situation, in der die vereinbarten Klimaschutzziele eine kostenintensive energetische Sanierung des Gebäudebestands verlangen. Damit Wohnen in Deutschland bezahlbar und die soziale Balance gewahrt bleibt, fordert der Wirtschaftsrat:

- Ministerielle Zerfaserung und politische Schwächung der Bauthemen beseitigen, Bündelung in einem Ministerium für Bau, Verkehr und Wohnen!
- Wohneigentum stärken, vorhandene Mittel aus Sparverträgen, Wertpapieren, Lebensversicherungen steuer- und transaktionskostenfrei nutzbar machen, Grunderwerbsteuer für den Selbstnutzer streichen, Kaufnebenkosten und Darlehenszinsen abzugsfähig gestalten!
- Mietrecht entpolitisieren, Regulierungsmoratorium für mehr Planbarkeit vereinbaren, nur qualifizierte Mietspiegel nach bundeseinheitlichen Kriterien zulassen!
- Wohnbauoffensive starten, Baulandmobilisierung einleiten (Ausweisungsgebot für Kommunen und vergünstigte Baulandabgabe forcieren, Nachverdichtung zulassen), Genehmigungsverfahren beschleunigen (Frist: zwei Monate), digitale Bauakte einführen!
- Sozialverträgliche energetische Sanierung sicherstellen, Finanzierungskreislauf schaffen, Klimakosten für den Mieter abfedern (Modernisierungsumlage aus Einnahmen der CO₂-Bepreisung abschmelzen), Effizienz der Fördersystematik heben (Förderdschungel lichten, Invest-Zuschüsse an Effizienzklassen ausrichten, Kumulationsverbote überprüfen), Quartiersansätze stärken, Sektorkopplung fördern, Wärmecontracting vertiefen.

Ernährungswirtschaft fit für die Zukunft machen!

Ökonomie und Ökologie sollten in der Ernährungswirtschaft in keinem Widerspruch zueinander stehen. Um die regionale Versorgung der Bevölkerung – in einer sich verändernden Umwelt – mit hochwertigen Lebensmitteln sicherzustellen, brauchen wir wettbewerbsstärkende Rahmenbedingungen, welche die Innovationsfreude und eine aussichtsreiche Positionierung im internationalen Wettbewerb fördern. Daher empfiehlt der Wirtschaftsrat:

- Neue Technologien wie Drohnen und Smart Farming in der Landwirtschaft einsetzen!
- Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote anwenden!
- Artenvielfalt und Biodiversität durch den Einsatz von umweltfreundlichen Pestiziden schützen!
- Gentechnikforschung vorurteilsfrei fortsetzen!
- Europaweites Tierwohllabel für Transparenz und verantwortungsvolle Tierhaltung einführen!
- Präventionsansätze zur Verringerung von Lebensmittelverlusten in der gesamten Lieferkette (z. B. durch den Einsatz von Big Data) ausbauen!
- Verbrauchersensibilisierung und den Erhalt der Wahlfreiheit bei Lebensmittelkäufen fortführen!
- Die Ernährungswirtschaft durch den Abschluss zusätzlicher internationaler Freihandelsabkommen stärken!
- Verbraucherbildung fördern, auch zur Verringerung von Lebensmittelverlusten!

Stationären Handel stärken!

Deutschland verändert sich: Demografischer Wandel, Wachstum der Ballungsräume, Schrumpfen der Klein- und Mittelstädte, Digitalisierung oder Konsumverhalten im Umbruch sind nur einige Parameter. Hinzu kommen neue Anforderungen an Mobilität und Klimaschutz sowie kontinuierlich steigende Energiekosten. Stabile und berechenbare Rahmenbedingungen sind wichtiger denn je, um Versorgungsstrukturen im Wandel erfolgreich zu gestalten. Vor diesem Hintergrund fordert der Wirtschaftsrat für einen starken und zukunftsorientierten Einzelhandel:

- Innovative und umweltschonende Transportkonzepte für eine nachhaltige Stadtlogistik forcieren, etwa durch Privilegierung von Lieferzonen und den Ausbau der ÖPNVs!
- Flächendeckende, leistungsfähige digitale Infrastruktur ausbauen zur Ermöglichung neuer Geschäfts- und Logistikmodelle und zum Ausgleich von Standortnachteilen für ländlich angesiedelte Unternehmen!
- Mittel bei der Städtebauförderung effektiver einsetzen, ein unbürokratisches, vereinfachtes Fördersystem für den ländlichen Raum und für finanzschwache Kommunen aufsetzen!
- Städtischen Leerstand vermeiden und Nutzungskonzepte für kreative Zwischennutzungen für Kunst und Kultur entwickeln!
- Den Erlebnisraum „Innenstadt“ durch gemeinsame Maßnahmen von Handel, Kultur, Gastronomie und Freizeiteinrichtungen stärken und durch ein gemeinsames Management und Marketing professionell inszenieren!
- Gestaltungsfreiraum zulassen, um die Innenstädte durch Shopping-Events zu beleben, Ladenöffnungszeiten an Werktagen freigeben!
- Digitalisierung als Chance begreifen – On- und Offline-Angebote verbinden!

Technologische und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands sicherstellen – Resilienz erhöhen!

Als führende europäische Industrie- und Exportnation ist für Deutschland ein stabiles geopolitisches Umfeld mit gesichertem Zugang zum Welthandel von zentraler Bedeutung. Die sicherheitspolitische Gesamtlage ist jedoch zunehmend komplex, dynamisch und volatil. Gleichzeitig bedarf es einer Neuausrichtung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zur Krisenbewältigung sowie entsprechender Anpassungen staatlicher Handlungsfähigkeit. Deutschland und Europa sind daher aufgefordert, international mehr Verantwortung zu übernehmen und die Resilienz gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen zu erhöhen. Der Wirtschaftsrat empfiehlt:

- Verteidigungsetat nachhaltig steigern und NATO-Zielvorgaben einhalten!
- 25-Millionen-Euro-Vorlage zur Effektivitätssteigerung von Beschaffungsvorhaben inflationsbereinigt anpassen!
- Gemeinsame Standards und Exportregeln für Rüstungsgüter auf europäischer Ebene entwickeln!
- Interoperabilität auf europäischer Ebene verbessern, multinationale Rüstungskooperation erleichtern!
- Innere Sicherheit stärken durch konsequente Kriminalitätsbekämpfung und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren rechtlich substantiieren!
- Technologieoffenheit bewahren und Handlungsfähigkeit der Bundeswehr im Einsatz sicherstellen!
- Polizei und Justiz zeitgemäß mit Personal und Sachmitteln ausstatten sowie konsequent digitalisieren!
- EU-weite Kooperation der Polizeibehörden verbessern!
- Frontex stärken und personell sowie materiell ausbauen!

Deutschland als Innovationstreiber Europas stärken durch moderne Cybersicherheitsvorgaben, beschleunigten Ausbau von schnellen Mobilfunk- und Glasfasernetzen sowie gezielter Förderung von Zukunftstechnologien und Start-ups!

Damit Deutschland innerhalb der Europäischen Union seine führende Rolle als Wirtschaftsmotor stärkt, muss die Bundesrepublik die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft integriert planen, systematisch umsetzen und bürokratische Hürden reduzieren. Gleichzeitig ist es essenziell, dass der Anteil an der digitalen Wertschöpfung durch den beschleunigten Ausbau von digitaler Infrastruktur, die Förderung von Zukunftstechnologien sowie die Unterstützung von Start-ups steigt. Der Wirtschaftsrat fordert:

- Eine europaweite Harmonisierung von Gesetzgebungen: Gesetzliche Vorgaben so gestalten, dass sie europäisch skalierbar sind, keine potenziellen Schlupflöcher enthalten und einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt schaffen und fördern!
- Einheitliche europaweite Standards entwickeln, die an globale Standards angelehnt sind, um eine starke Ausrichtung des europäischen Binnenmarktes und die Zusammenarbeit aller EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen!
- Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen mit maßvollen regulatorischen Eingriffen schaffen, um Technologieführer und wettbewerbsfähige datengetriebene Geschäftsmodelle zu etablieren!
- Eine umfassende Strategie entwickeln, um die Gründerkultur in Deutschland mithilfe eines innovativen Marktumfeldes nachhaltig zu stärken und Investitionen in deutsche Start-ups attraktiver und einfacher zu gestalten!
- Die Wettbewerbsintensität auf den neuen Glasfaseranschlussnetzen im Interesse der Wirtschaft gewährleisten und gezielt Anreize schaffen, um Investitionshürden bei digitalen Infrastrukturen, wie z. B. 5G oder Glasfaserausbau, zu beseitigen!
- Die existierenden Lücken im 4G-Netz (LTE) gezielt schließen und neue Möglichkeiten für die Fördermittelvergabe durch die staatliche Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) ermöglichen!
- Ein verbesserter bundesweiter Austausch von Meldungen und Informationen von staatlicher Seite an Sicherheitsbehörden, um die Cyber- und IT-Sicherheit und damit die Resilienz in Deutschland zu erhöhen!
- Förderverfahren des Mittelstandes in Richtung KI ausrichten und vereinfachen und gleichzeitig umständliche Förderverfahren verschlanken!
- Bürokratie nachhaltig durch eine „One in, two out“-Regel oder mit der Vorgabe konkreter Zielwerte abbauen, zum Beispiel durch die Senkung des Erfüllungsaufwands um drei Mrd. €!
- Die digitale Leistungserbringung als Regelform im Verwaltungsverfahrensgesetz verankern und die Nachweispflicht auf Informationen zu beschränken, die sich die Verwaltung nicht selbst durch Datenabruf bzw. -abgleich bei anderen Verwaltungsträgern beschaffen kann!
- Die Weiterbildungs- und (Um-) Schulungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte sichern, um den Gebrauch und Umgang mit Zukunftstechnologien wie künstlicher Intelligenz (KI) zu fördern!
- Die Lehrpläne auf das digitale Zeitalter anpassen, um einen stärkeren Bezug zu Informatik und Wirtschaft aufzubauen und die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung entsprechend praxisgerecht anpassen!

In der Corona-Krise haben staatliche Interventionsmaßnahmen überhandgenommen. Umso wichtiger ist es nun, die Eigenverantwortung von Bürgern und Marktakteuren wieder stärker in den Fokus zu nehmen. Die Soziale Marktwirtschaft ist der verlässliche Kompass für den Weg heraus aus der Corona-Krise!
